



Kein Sozialstaat ohne Wirtschaftswachstum

Von Ewald Walterskirchen
Wien, 7. Jänner 2016
ISSN 2305-2635

Handlungsempfehlungen

1. Umweltprobleme sollten durch strikte Regulierungen, CO₂-Steuern und Steigerung der Energieeffizienz beseitigt werden – nicht durch „Nullwachstum“.
2. Da Innovation, Beschäftigung und Steuereinnahmen eng mit Wirtschaftswachstum verknüpft sind, muss dieses wieder stärker verfolgt werden, um das Sozialsystem erhalten zu können.
3. Eine Förderung der Investitionstätigkeit ist das wichtigste Instrument zur Stimulierung des Wachstums. Grüne und nachhaltige Technologien sowie direkte Investitionsförderung sind besonders erfolgversprechend.

Zusammenfassung

Viele Umweltschützer und Wachstumskritiker fordern einen Systemwechsel: ein Nullwachstum, um die natürlichen Ressourcen zu schonen. Es könne nicht immer alles weiter wachsen. Diese Strategie hat jedoch gravierende Nebenwirkungen, wie die unfreiwillige Stagnation seit der Finanzkrise zeigt:

- Die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch
- Die Staatsschulden nehmen stark zu
- Die Sozialausgabenquote steigt, ohne dass Leistungen erhöht werden

Die Politik reagiert darauf mit Sparpolitik und sogenannten „Strukturreformen“, d.h. im Wesentlichen mit Kürzungen im Sozialbereich. Ohne Wirtschaftswachstum wird deshalb der europäische Sozialstaat nicht bestehen bleiben.



Kein Sozialstaat ohne Wirtschaftswachstum

Wachstumskritiker im Vormarsch

Wirtschaftswachstum wird in den hochentwickelten Industriestaaten zunehmend in Frage gestellt. An der Spitze dieser Bewegung stehen Umweltschützer. Sie sehen im Nullwachstum den einzigen Weg zu einer nachhaltigen umweltfreundlichen Wirtschaft. Tim Jackson ist einer der Gurus dieser Bewegung. Er hat einen Bestseller mit dem Titel „Wohlstand ohne Wachstum“¹ verfasst.

Wachstum sei aber nicht nur aus Umweltgründen, sondern auch aus moralischen Gründen verwerflich: Moralapostel prangern den Konsumterror an und predigen Maßhalten. Philosophen, denen die Felle mit der Ökonomisierung des Lebens davonschwimmen, schließen sich dieser Kritik bereitwillig an.

Die Skeptiker denken bei Wachstum nicht an Innovation – nicht an qualitativ hochwertige Bio-Produkte, lebensrettende Handys, geräumige Wohnungen und Reisen in ferne Länder, sondern an das benzinfressende Zweitauto und den neuen Einkaufstempel, der wieder ein Stadtzentrum zerstört.

Die Wachstumskritiker finden überproportionalen Widerhall bei Frauen. Wie das Wachstum in der Natur so müsse auch das wirtschaftliche Wachstum einmal ein Ende haben, und dieses Ende sei jetzt gekommen. Wachstumskritik ist nicht nur in grünen, sondern auch in bürgerlichen Kreisen salonfähig geworden. Haben wir Wohlstandsbürger nicht schon alles? Muss immer alles weiter wachsen?

Die Ablehnung des Wachstums geht oft auch mit einer Kritik am Kapitalismus und seinen Ungerechtigkeiten einher. Die Wachstumskritiker fordern einen Systemwechsel. Das klingt nach

Abschaffung des Kapitalismus und Rückkehr in die gute alte Zeit, als alles noch viel langsamer ablief. Wirtschaftliche Stagnation in Europa bedeutet aber noch lange keine Abschaffung des Kapitalismus.

Felix Butschek² nimmt die wachstumsfeindliche Einstellung in seinem neuen Buch „Wirtschaftswachstum - eine Bedrohung?“ aufs Korn. Er argumentiert, dass der Begriff Wachstum in Europa mehr als in anderen Weltregionen in Verruf geraten sei und zur kümmerlichen Wirtschaftsentwicklung in der EU beigetragen habe.

Wozu brauchen wir heute noch Wachstum?

Wir brauchen es vor allem aus zwei Gründen:

- um die Arbeitslosigkeit in Grenzen zu halten und
- um den Sozialstaat zu erhalten.

Im letzten Jahrzehnt haben wir in Europa unfreiwillig Erfahrung mit Stagnation gemacht. Im Gefolge der Finanzkrise ist die Wirtschaft zwischen 2007 und 2013 nicht gewachsen. Die Auswirkungen auf Arbeitslosigkeit und Staatsschulden waren unübersehbar:

Die Arbeitslosenquote ist im Euro-Raum zwischen 2007 und 2013 laut Eurostat³ von 7½% auf 12% gestiegen. Das hat nicht nur viel Leid und Armut gebracht, sondern auch den Ruf nach Arbeitsmarktreformen verstärkt: Der Kündigungsschutz soll abgebaut, und die Lohnnebenkosten (d.h. letztlich die Sozialausgaben) sollen gesenkt werden.

1) Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, München 2011. Zur Kritik dazu siehe Harald Badinger, Wohlstand ohne Wachstum? Vortrag in der Wirtschaftskammer Niederösterreich, Wien, Mai 2013

2) Felix Butschek, Wirtschaftswachstum – eine Bedrohung? Böhlau-Verlag, Wien 2016

3) European Commission, European Economic Forecast, Autumn 2015, Statistical Annex.



In einer solchen Situation, eine Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen – wie die Vertreter des Nullwachstums fordern – ist eine Illusion. Das zeigte auch die jüngste Diskussion bei den Lohnverhandlungen in Österreich. Staatlich finanzierte Kurzarbeit war zwar eine sehr erfolgreiche kurzfristige Maßnahme in der Krise. Eine kontinuierliche Ausweitung der Kurzarbeit kann jedoch aus Kostengründen keine nachhaltige Strategie sein.

In der Stagnationsphase 2007-2013 stieg gleichzeitig auch die Sozialausgabenquote im Euro-Raum (gemessen am BIP) laut Eurostat um 3 Prozentpunkte – aber nicht weil Sozialleistungen erhöht wurden, sondern weil mehr Geld für Arbeitslose und Kurzarbeiter benötigt wurde. Für die Gegner des Sozialstaats ist das ein willkommener Anlass, sogenannte „Strukturreformen“ zu fordern, d.h. im Klartext Kürzungen von Sozialleistungen.

„Ohne Wirtschaftswachstum werden wir unser System der sozialen Sicherung nicht aufrecht erhalten können.“

Da die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter wird, steigen aber gleichzeitig die Ansprüche an das Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystem. Ohne Wirtschaftswachstum werden wir deshalb unser System der sozialen Sicherung nicht aufrecht erhalten können⁴.

Die Situation wird noch schwieriger, wenn die Bevölkerung durch Flüchtlinge und Zuwanderer expandiert. Bei Nullwachstum bedeutet das notwendigerweise, dass der Lebensstandard – gemessen am BIP pro Kopf – Jahr für Jahr sinkt. Die notwendige Integration von Flüchtlingen und Zuwanderern könnte jedoch auch zu wirtschaftlicher Expansion führen.⁵

„Eine Verhinderung von Wachstum aus Umweltgründen müsste überdies auf Weltebene stattfinden.“

Eine Verhinderung von Wachstum aus Umweltgründen müsste überdies auf Weltebene stattfinden. Wenn wir Ressourcen und Wachstumsmöglichkeiten für die unter Armut leidenden Entwicklungsländer reservieren wollen, dann bedeutet das eine kontinuierliche Einschränkung der Produktion in Europa und gleichzeitig größere Chancen für die Weltwirtschaft. Europa muss es gelingen, die Energieeffizienz noch rascher zu steigern.

Nullwachstum wirkt sich äußerst negativ auf die öffentlichen Finanzen aus. Nicht nur zusätzliche Arbeitslose, sondern auch notleidende Betriebe (z.B. Banken) brauchen staatliche Mittel. Die Staatsschuldenquote ist deshalb im Euro-Raum 2007-2013 (laut Eurostat) von 66% auf 94% des BIP in die Höhe geschneit – trotz aller Konsolidierungsbemühungen. Das Beispiel Griechenland zeigt, dass die Staatsschuldenquote trotz extremer Einsparungen weiter in die Höhe schnellte, wenn das Wachstum ausbleibt.⁶

„Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird deshalb auf absehbare Zeit unerlässlich bleiben, um den Sozialstaat zu finanzieren und die Staatsschuldenquote zu stabilisieren.“

Nachhaltiges Wirtschaftswachstum wird deshalb auf absehbare Zeit unerlässlich bleiben, um den Sozialstaat zu finanzieren und die Staatsschuldenquote zu stabilisieren. Wenn wir auf Wachstum verzichten wollen, dann dauert eine solche Stagnationsphase, wie wir sie seit der Finanzkrise erleben, unbegrenzt an. Man kann sich leicht ausmalen, was dann mit unserem Sozialsystem, unseren

4) Siehe dazu auch Markus Marterbauer, Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle, Deuticke-Verlag, 2011

5) Melander, A., Pichelmann, K. (2015). An economic assessment of asylum seeker inflows: Spectacular and disturbing

images, unspectacular macro-economic impact. Vienna. ÖGfE Policy Brief, 37'2015

6) European Commission, Economic Forecast, Autumn 2015, Statistical Annex



Arbeitsplätzen und unserer Staatsschuldenquote passiert. Umweltprobleme sollten deshalb auf direktem Weg durch strikte Regulierungen, CO₂-Steuern und Steigerung der Energieeffizienz – nicht indirekt über Nullwachstum angegangen werden⁷.

Das WIFO-Projekt wwwforeurope für die Europäische Kommission bringt eine Reihe von Vorschlägen, um die Energieeffizienz zu steigern und Ressourcen für die nachfolgenden Generationen zu schonen⁸.

Eine Garantie für die Aufrechterhaltung des europäischen Sozialstaats ist Wachstum allerdings nicht. Friedrich von Hayek, der Vater des Neoliberalismus, betrachtete den Wohlfahrtsstaat als Verirrung der Geschichte, und Milton Friedman bezeichnete ihn als „Monster“. Globalisierung, Neoliberalismus und Sparpolitik machen es schon schwer genug, den Sozialstaat aufrecht zu erhalten. Eine wachstumsfeindliche Politik würde ihm endgültig den Garaus machen.

Wirtschaftswachstum wird getrieben von Investitionen, die technische Innovationen realisieren. Der technische Fortschritt steigert unvermeidlich die Produktivität, wir können deshalb ein bestimmtes Produkt mit immer weniger Arbeitskräften herstellen⁹. Sollen wir nicht nur auf Wachstum, sondern auch auf Innovationen verzichten? Wachstum heißt aber nicht nur höherer materieller Wohlstand. Gunther Tichy¹⁰ hat darauf hingewiesen, dass das BIP pro Kopf eng mit dem Human Development Index

korreliert ist – d.h. letztlich mit Lebenserwartung und Bildungsniveau. Müssen wir bei Nullwachstum auch auf steigende Lebenserwartung und ein höheres Bildungsniveau teilweise verzichten – weil wir nicht genug Geld für das Gesundheits- und Bildungswesen haben?

Zweifellos werden auch die Verteilungskämpfe bei unverändertem Volkseinkommen intensiver. Wer soll durch Einkommenseinbußen für die rapid steigenden Spitzeneinkommen aufkommen, die sich Vorstände und Aufsichtsräte wechselseitig zuschanzen? Wer soll durch Einbußen seines Arbeitsinkommens die explodierenden Mieteinnahmen der Hausbesitzer ausgleichen? Daran ändert aber auch Wirtschaftswachstum per se nichts, sondern nur eine Umverteilungspolitik, wie sie etwa die Demokraten in den USA andenken.¹¹

Wachstum wichtiger als Budget

Larry Summers¹², der ökonomische Berater vieler US-Regierungen bringt das Problem auf den Punkt: Das Wirtschaftswachstum ist wichtiger als das Budget: Ein kleiner Anstieg des langfristigen Wachstumstrends würde schon genügen, um die gesamte langfristige Budgetlücke auszugleichen.

„In der Europäischen Union ist ein ausgeglichenes Budget das weitaus wichtigste wirtschaftspolitische Ziel. Ein Budgetdefizit führt zu einem Strafverfahren, während eine Arbeitslosenquote von 25% ohne Sanktionsdrohungen hingenommen wird.“

In der Europäischen Union ist ein ausgeglichenes Budget dagegen das weitaus wichtigste wirtschaftspolitische Ziel. Ein Budgetdefizit führt zu einem Straf-

7) Zu konkreten Maßnahmen siehe http://newclimateconomy.report/wpcontent/uploads/2014/08/NCE_GlobalReport.pdf

8) Siehe dazu Joanna Roberts, European Commission, How can Europe achieve green growth? In: Horizon - The EU Research and Innovation Magazine, Nov.9, 2015

9) Siehe dazu Gunther Tichy, Nachhaltiges Wachstum? Wissenschaft&Umwelt Interdisziplinär 13/2009, S.4-9

10) Gunther Tichy, Wachstum und Lebenszufriedenheit, WISO 4/2005

11) Hillary Clinton shows Democrats still favor redistribution over equalizing opportunity. Forbes, July 21, 2015

12) Larry Summers, The Battle over the US Budget is the Wrong Fight. A small rise in economic growth would entirely eliminate the long-run budget gap. October 13, 2013



verfahren („excessive deficit procedure“), während eine Arbeitslosenquote von 25% ohne Sanktionsdrohungen hingenommen wird. Der Grund für diesen Vorrang des Budgets liegt eindeutig auf der politischen Ebene: Deutschland, Österreich und die nordischen Länder wollen keinesfalls für die Budgetdefizite Südeuropas herhalten müssen. Die Europäische Union dürfe nur ja keine Transferunion werden¹³.

Die US-Ökonomen Paul Krugman und Brad de Long argumentieren, dass die Europäer aus der Großen Depression nichts gelernt haben und die gleichen Fehler wie damals machen. Nach den Erfahrungen der dreißiger Jahre kann man heute schwerlich aus ökonomischen Gründen eine Austerity-Politik mitten in der Krise verfolgen. Aus rein politischen Gründen – um Transferzahlungen an schwächelnde Euro-Staaten zu vermeiden – wird jedoch eine solche Politik verfolgt. Man nimmt Wachstumseinbußen und Arbeitslosigkeit de facto in Kauf.

Wenn Unternehmen investieren, nehmen sie dafür Kredite auf. Wenn junge Familien in eine neue Wohnung investieren, nehmen sie Darlehen auf. Warum soll eigentlich der Staat kein Defizit machen – d.h. keine Kredite aufnehmen – wenn er in die Infrastruktur und in die Zukunft investiert? Die Goldene Finanzierungsregel lautet bekanntlich: Was langfristig genutzt wird, soll langfristig finanziert werden. Budgetdefizite im Ausmaß der öffentlichen Investitionen sind also sinnvoll.

Karl Aiginger betont, dass Europa ein Wachstumsproblem habe¹⁴. Es war schon vor der Finanzkrise vorhanden, ist aber seither noch gravierender geworden. Die Austerity-Politik hat das Wirtschaftswachstum im Euro-Raum zweifellos gebremst. Die

Wirtschaft des Euro-Raums stagnierte zwischen 2010 und 2014, und die Arbeitslosenquote stieg auf fast 12%. In den USA wartete man mit der Budgetkonsolidierung, bis der private Sektor wieder Kredite aufnehmen konnte. Heute wird in den USA wieder kräftig investiert, die Arbeitslosenquote ging auf 6% zurück. Der Euro-Raum ist dagegen zum wirtschaftlichen Nachzügler geworden, es wird hier weniger investiert als vor der Finanzkrise.

Auf die wirtschaftliche Schwäche musste die Wirtschaftspolitik der EU reagieren, da Austerity-Politik und Strukturreformen offenkundig nicht die erwartete Wirkung zeigten. Die Europäische Union tat dies mit zwei Maßnahmen: dem Quantitative Easing der EZB und der Ankündigung eines Investitionsprogramms (Juncker-Plan).

„Das wichtigste Instrument zur Ankurbelung des Wachstums ist die Förderung der Investitionstätigkeit.“

Das wichtigste Instrument zur Ankurbelung des Wachstums ist die Förderung der Investitionstätigkeit. Diese liegt in Österreich ebenso wie im gesamten Euro-Raum seit der Finanzkrise darnieder. Grüne und nachhaltige Technologien, direkte Förderung von Unternehmensinvestitionen (Prämien oder vorzeitige Abschreibungen) sowie Wohnbauinitiativen (steuerliche Anreize für Privathaushalte) sind besonders erfolgversprechend. Die wiederholte Verringerung der Unternehmenssteuern hat die Investitionsschwäche im Euro-Raum nicht verhindern können.

Innerhalb des wirtschaftlich kränkelnden Euro-Raums hat sich Österreich seit der Finanzkrise fast so günstig entwickelt wie Deutschland. Die Industrieproduktion hat im gleichen Tempo wie in Deutschland zugelegt. Nur in den letzten zwei Jahren (vor der Steuerreform) ist die österreichische Wirtschaft hinter jener des Euro-Raums zurückgeblieben. Die Stimmung hat sich übermäßig verschlechtert, der Flüchtlingszustrom hat die Lage noch verschärft. Eine wachstumsorientierte Politik ist deshalb in Österreich mehr denn je gefragt.

13) Für Deutschland und seine Satellitenstaaten ist die Transferunion ein Tabu- und Reizthema. Der französische Finanzminister äußerte dagegen kürzlich, dass die „EU nur als Transferunion überlebensfähig“ sei. Siehe Wirtschaftswoche, 2.Dezember 2015

14) Karl Aiginger, Europa hat ein Wachstumsproblem: nicht (nur) ein Budgetproblem, WIFO, Mai 2010



Über den Autor

Dkfm. Dr. Ewald Walterskirchen war von 1970 bis 2010 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) beschäftigt und ist dort weiterhin als WIFO-Consultant tätig. Er publizierte unter anderem in den Bereichen Arbeitsmarktforschung, Makroökonomie und europäischer Wirtschaftspolitik. International bekannt wurde er als Koordinator der internationalen Kreisky-Kommission für Beschäftigungsfragen.

Kontakt: Ewald.Walterskirchen@wifo.ac.at

Über die ÖGfE

Die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) ist ein parteipolitisch unabhängiger Verein auf sozialpartnerschaftlicher Basis. Sie informiert über die europäische Integration und steht für einen offenen Dialog über aktuelle europapolitische Fragen und deren Relevanz für Österreich. Sie verfügt über langjährige Erfahrung im Bezug auf die Förderung einer europäischen Debatte und agiert als Katalysator zur Verbreitung von europapolitischen Informationen.

ISSN 2305-2635

Die Ansichten, die in dieser Publikation zum Ausdruck kommen, stimmen nicht unbedingt mit jenen der ÖGfE oder jenen der Organisation, für die der Autor arbeitet, überein.

Zitation

Walterskirchen, E. (2015). *Kein Sozialstaat ohne Wirtschaftswachstum*. Wien. ÖGfE Policy Brief, 01'2016

Impressum

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
Rotenhausgasse 6/8-9
A-1090 Wien, Österreich

Generalsekretär: Mag. Paul Schmidt

Tel.: +43 1 533 4999
Fax: +43 1 533 4999 – 40
E-Mail: policybriefs@oegfe.at
Web: <http://oegfe.at/policybriefs>